

## *Editorial*

Es ist inzwischen auch in der linken Diskussion wieder zum Allgemeinplatz geworden, daß die konkrete Ausformung, die Gestaltung eines »Staates« als eines konkreten Zusammenhangs von Situationen, Mechanismen und Apparaten politischer Herrschaft nicht »unvermittelt« durch verfestigte Klassenverhältnisse bestimmt wird, sondern durch eine Vielzahl unterschiedlicher »Instanzenzüge« hindurch, von denen die Institutionen und Organisationen des sog. politischen Systems immer einen zentralen Teil bilden. Von den »Organisationen«, vor allem den Parteien im politischen System der Bundesrepublik, soll in diesem Heft die Rede sein.

Das in den fünfziger Jahren sich herausbildende Parteiensystem hat zweifellos eine - oft zitierte - Stabilität aufzuweisen, die auf einem die großen Parteien einenden »Konsens der Demokraten« basierte. Der »Konsens« entstand, nachdem einerseits das bürgerliche Lager mit dem Untergang der DP in den Unionsparteien parteipolitisch vereinigt wurde und nachdem andererseits die traditionell reformistisch-antikapitalistische Arbeiterpartei SPD (spätestens) 1959 ihren Frieden mit den kapitalistischen Grundlagen des CDU-Staates gemacht hatte und dennoch einen großen Teil der linken Opposition aus den 30er und 40er Jahren zu absorbieren vermochte.

Aber trotz der beiden, die Stabilität garantierenden großen Massenlegitimationsparteien CDU/CSU und SPD - nur die FDP vermochte nach der »sozialliberalen Wende« der »FDP-Jungtürken« als eigenständige und politisch relevante Partei zu überleben - besaß das politische System der Bundesrepublik auch in den 60er und 70er Jahren eine innere Dynamik, so wenig davon auch auf der - durch ein ganzes System politischer Filtereffekte stabilisierten - Ebene der Bundestagsparteien sichtbar wurde. So gelang es der CDU/CSU in dieser Periode, sowohl den Schritt von der Honoratioren- und Wahlpartei zu einer breit verankerten Mitgliederpartei zu tun, die auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens verankert war, als auch den Beginn einer parteipolitischen Formierung des Rechtsextremismus in der NPD durch eine wirksame Mischung von Annäherung und Einordnung zugunsten einer Bindung dieses rechtsextremen Potentials an die eigene parteipolitische Formation wieder rückgängig zu machen. Der SPD gelang es bereits Mitte der 60er Jahre, aus dem bis dahin unüberwindlich scheinenden 30%-Getto auszubrechen, indem sie die modernisierungsorientierten Mittelschichten parteipolitisch an sich zu binden verstand. Alle Versuche, eine parteipolitische Formation links von der SPD zu konstituieren - von der DFU über die DKP bis zu den unterschiedlichen Parteaufbauorganisationen der frühen 70er - scheiterten vor allem an der Integrationsfähigkeit der SPD, aber auch an der eigenen Unfähigkeit, programmatisch und in der Form ihrer Politik breitere Teile der Bevölkerung überhaupt anzusprechen. Gleichzeitig vollzog sich hinsichtlich des organisierten Liberalismus ein widersprüchlicher Prozeß: Ohne ihren Charakter als Interessenpartei eines Teils der Mittelschichten zu verlieren, profilierte sie sich gleichzeitig als Partei der Modernisierung, als Garant der technokratischen Vernunft, als »liberales Korrektiv« gegen die »gesellschaftlichen Großorganisationen«.

Grundlage dieser politischen Erfolge derjenigen Parteien, die die programmatischen Träger des »Konsenses der Demokraten« waren, blieb in der gesamten Periode ein staats- und gesellschaftspolitisches Projekt, das allerdings unterschiedlicher Ausgestaltungen fähig war.

Der langfristige ökonomische Aufschwung, die erfahrbare Stabilisierung und Verbesserung der Lebenslage breiter lohnabhängiger Massen bis Mitte der 70er Jahre und eine lange Periode ohne Beteiligung an militärischen Konflikten, haben diese Grundorientierung in ungewöhnlichem Maße zu einem breiten Massenkonsens werden lassen, dessen Stabilität nicht einmal durch die seit Mitte der 70er Jahre unübersehbare Strukturkrise des kapitalistischen Weltsystems erschüttert wurde und die auch das Ende der sozialliberalen Koalition im Herbst 1982 überlebt hat. Aber auch wenn das »Fundament« unerschüttert scheint (und über 90% der Wählerstimmen für die Parteien, die den »Konsens der Demokraten« nicht infrage stellen wollen, sind nicht wegzudiskutieren), die »Aufbauten« des Parteiensystems zeigen dennoch Risse. Die Stabilität geriet zu Beginn der 80er Jahre durcheinander (in Hamburg 1982, in Hessen 1983), die Partei der Grünen, die im Sinne der FDGO zumindest von der CDU/CSU vom »Konsens der Demokraten« ausgeschlossen wird, die aber auch sich selbst als radikale Alternative zu den etablierten Parteien versteht, ist in mehreren Länderparlamenten und (erstmalig seit 1953 gelang es einer solchen Partei) auch im Bundestag vertreten. Das Wort von der »Unregierbarkeit« der Bundesrepublik - zwar aus durchsichtigen Gründen vor der Bundestagswahl 1983 lanciert - signalisiert dennoch eine in Unruhe versetzte und durch eine solche Propaganda aufgeschreckte öffentliche Meinung.

Die Risse in den »Aufbauten« dürfen nicht dramatisiert und nicht überinterpretiert werden, sie verdienen aber dennoch, daß sie genauer betrachtet und untersucht werden. Dieses Heft will dazu beitragen.

Wegen der Umstände des Koalitionswechsels im Herbst 1982 in Bonn und wegen des so nicht erwarteten Erfolgs der SPD in Hessen und bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen kurze Zeit danach schien für eine große Zahl von Sozialdemokraten das Stimmungstief überwunden, in das sie seit den Bundestagswahlen 1980 immer tiefer hineingeraten waren. Schulterschluß war nicht mehr nur gefordert, sondern auch erreicht worden und nicht wenige nahmen den Wahlslogan ihres Kanzlerkandidaten Vogel ernst, er trete an, um die neue Regierung zu stellen. Das Wahlergebnis vom 6. März holte sie wieder auf den Boden der Tatsachen zurück. Es beginnt wieder die Ursachenforschung für die offenbar weiterbestehende Krise der Sozialdemokratie; dabei wird oft übersehen, daß weniger die Partei aus den Fugen geraten ist - sie vermag durchaus - zumal in der Opposition und mit einem nach allen Seiten integrierenden Oppositionsführer Vogel - zur erwünschten »Geschlossenheit« zurückzufinden. Das sozialdemokratische Politikkonzept stand auf dem Prüfstand und versagte seit Mitte der 70er Jahre immer häufiger. Es ist sicher kein ökonomistischer oder monokausaler Kurzschluß, wenn der Grund dafür in der weltweiten Wirtschaftskrise gesehen wird, die von der Sozialdemokratie *erstens* nicht erwartet worden war - die führenden Repräsentanten der Sozialdemokratie glaubten mit dem »modernsten wirtschaftlichen Instrumentarium der Welt« (Herbert Ehrenberg), das sich die Große Koalition mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz 1966 gegeben hatte, jede Krise bewältigen zu können - und *zweitens* in ihren Auswirkungen auf die soziale und politische Stabilität der Gesellschaft weit unterschätzt worden ist. Das sozialdemokratische Projekt lebt aus einer gelungenen »Dynamisierung« des der bürgerlichen Gesellschaft immanenten Widerspruchs von Kapitalismus und Demokratie: Dynamisierung durch Wachstum verbunden mit monetärer, reformistischer Kompensation der negativen Folgen bei beschränkter, sozialstaatlicher Umverteilung und einer gewissen Partizipation bei Entscheidungsprozessen, ohne allerdings die Unternehmerautonomie über Produktion und Investition zu unterminieren. Akkumu-

lation, also die kapitalistische Form des beschleunigten Wachstums, stiftete Konsens, der Konsens wiederum schmierte den Akkumulationsprozeß. Die sozialdemokratische Etikette bekam dieses Modell dadurch, daß der Staat für seinen Erfolg Verantwortung übernahm. Wenn auch die Produktionsphäre weitgehend depolitisiert blieb, so doch nicht die Zirkulationsphäre, in deren Funktionsmodi vielfältig (wirtschaftspolitisch; sozialpolitisch) interveniert wurde. Doch der Staat, und mit ihm die Sozialdemokratie als Regierungspartei, übernahm Verantwortung für Abläufe, deren Dynamik nicht allein dem regulierenden Eingriff des Staates, sondern der »Logik« der Kapitalverwertung gehorchte - und folglich war es ein Leichtes für die Demagogie von rechts, eben die regierungsverantwortliche Sozialdemokratie wegen der erfolglosen Krisenbekämpfung und der schlimm erfahrenen Auswirkungen an den Pranger zu stellen. Zunächst nahm die Sozialdemokratie diese Wende nicht so ernst, ging es doch in Deutschland noch (im Vergleich mit anderen Ländern) gut mit der Wirtschaft; ihr »Modell Deutschland« schien als sozialdemokratisches Modernisierungsmodell sogar noch dann zukunftsweisend und erfolversprechend, als die schwedische Sozialdemokratie 1976 nach 44 Jahren ununterbrochener Regierung eine Wahlniederlage bezog und drei Jahre später die Labour Party durch die neokonservative Mrs. Thatcher in die Opposition verbannt wurde. Und die Selbstreflexion auf Grenzen ihres Politikmodells in der strukturellen Krise konnte immer wieder dadurch abgeblockt werden, daß mit dem Verweis auf den kleineren Bremsklotz in der Koalition die Schuld für Mißerfolge der Konsensbeschaffung bei den Gewerkschaften und den traditionellen Mitglieberschichten unter den Facharbeitern einfach abgeschoben werden konnte.

Es gelang vor allem Schmidt mit einem blendenden taktischen Manöver, den schließlichen Bruch der Koalition im Herbst 1982 als Verrat zu inszenieren, was er im übrigen auch in vieler Hinsicht war; aber die muffige Gaunerkomödie überdeckte nur, daß die Sozialdemokratie mit dem alten »Orientierungsrahmen« von Modernisierung, Wachstum, monetärer Kompensation gegen den vielköpfigen Drachen der Krise mit einer Plastikpistole auf dem Holzpferd anritt, und dabei eine hilflose, bisweilen lächerliche Figur machte. Erst zu spät, nämlich nach dem Sturz von Schmidt, wurden Konsequenzen in die Richtung der inzwischen kräftig gewordenen neuen politischen Subjekte (Friedensbewegung, Ökologiebewegung vor allem) gezogen, Konsequenzen aber, die viel zu unvermittelte Flickschusterei waren, als daß sie nach innen und außen Glaubwürdigkeit ausstrahlen konnten. Die Geschlossenheit der Partei hinter Vogel war schon deshalb fragwürdig, weil sie durch die Person Vogels, nicht durch eine neue Perspektive jenseits des gescheiterten Projekts der 70er Jahre zustande gekommen war.

Das Versagen des sozialdemokratischen Politikkonzepts läßt sich auch bei den Aktivierungsversuchen der Wähler, insbesondere aus den Arbeiterschichten, zeigen. Nachdem der Vertrauensvorschuß für das sozialliberale Kabinett von 1969 mit dem »Stabwechsel« von Brandt zu Schmidt aufgebraucht war, vermochte der Pragmatiker Schmidt zwar bis 1980 weitere Wahlen zu gewinnen, aber das Abbröckeln bei Wählern und seit 1978/79 auch wieder bei den Mitgliedern war unübersehbar. Das Traumergebnis von 1972 war sicherlich der einmaligen und zugunsten der SPD wirkenden Polarisierung im politischen System der Bundesrepublik geschuldet und so nicht wiederholbar (was z.B. den so stolz vermeldeten Einbruch ins katholische Arbeitermilieu zum einmaligen Ereignis machte), aber auch die in den sechziger Jahren hinzugewonnenen Aufsteigerschichten, die gehobenen Beamten und Angestellten, besannen sich seit 1976 zunehmend auf die Möglichkeit, wieder zur CDU oder zur FDP zu »wechseln«. Vor allem die zu Stammwählern ernannten Facharbei-

ter waren keine Bank mehr für die SPD, was deren Image als zwar moderne, aber immerhin Arbeitnehmerpartei in der Öffentlichkeit in wachsendem Maße Abbruch tat. Sich auf diese Entwicklungen beziehende Erklärungsversuche nennen manches Richtige, sie weisen aber oft nur auf Symptome hin, statt zu den Ursachen vorzustoßen. Es mag richtig sein, daß der Arbeiteranteil in der »Arbeiterpartei« SPD mehr zurückgegangen ist als es dem Rückgang des Arbeiteranteils in der Gesamtbevölkerung entspricht (obwohl die SPD selbst mit ihren Zahlen diesem Argument widerspricht), richtig ist sicher, daß der Einfluß in der Partei auf jeden Fall nicht dem immerhin noch verbleibenden Mitgliederanteil an Arbeitern entspricht: In Nordrhein-Westfalen waren Mitte der siebziger Jahre 44 % der Mitglieder Arbeiter, aber nur 11% Arbeiter hatten Funktionen (auch auf der untersten Ebene, dem Ortsverein) in der Partei inne. Kein Wunder, daß viele Arbeiter ihre Interessen in der Partei nicht mehr »aufgehoben« finden und - besonders bei Kommunalwahlen - zu Hause bleiben. Aber es ist gewiß nicht dem bösen Willen einiger, nur unverständliches Soziologendeutsch redender, akademisch gebildeter und in Amt und Würden drängender Jusos anzulasten, daß das so ist. Es genügt nicht, die Ortsvereinsitzungen wieder um 10 Uhr zu beenden und auf allen Ebenen der Partei auf eine angemessene Vertretung der »Arbeitnehmer« in den Parteigremien zu achten, um diese Entwicklung zurückzuschrauben. *Hella Kastendiek* sieht in ihrem Aufsatz die tieferliegenden Ursachen in den »Struktur- und Organisationsproblemen einer staatstragenden Arbeitnehmerpartei«. Sie weist in einer Längsschnittanalyse nach, daß diese Probleme nicht erst in den siebziger Jahren entstanden sind, und daß die Partei auf diese Probleme stets in einer Weise organisations- und gewerkschaftspolitisch reagierte, die wohl kurzfristig die Probleme zudecken, nicht aber langfristig zu lösen vermochte - und daß seit Mitte der siebziger Jahre auch das Zudecken nicht mehr gelingen konnte. Gerade die Debatte in der SPD seit 1980 und die vorgeschlagenen Lösungsversuche, um eine größere Beteiligung der Arbeitnehmer an der Führung der Partei zu erreichen, offenbaren, daß die SPD weiter an Symptomen laboriert und eine - kurzfristig eh unwahrscheinliche - SPD-Regierung, mit welchem Koalitionspartner auch immer, weiterhin Unvereinbares nicht wird vereinen können: nämlich einerseits einen bürgerlich-kapitalistischen Staat in der Krise mitzutragen und andererseits ihre Wähler- und Mitgliederbasis zu überzeugen, daß die von ihr vorgeschlagenen Krisenlösungsstrategien nicht zu ihren Lasten gehen. Nun hat - um Herbert Wehner zu zitieren - die SPD vielleicht 16 Jahre Zeit, darüber nachzudenken, aber alles deutet bislang darauf hin, daß sie in dieser Zeit nicht zu dem Schluß kommt, eine gesellschaftspolitisch radikale Alternative zu der bisherigen Politikkonzeption zu formulieren, und alle jetzt wieder wachsenden Hoffnungen auf eine SPD in der Opposition, die weiter nach links rückt und schließlich sogar wieder vor Godesberg steht, lassen nur erneut Illusionen darüber entstehen, was mit der SPD möglich sein könnte, statt darüber zu sprechen, was immerhin angesichts des konservativ-reaktionären Blocks an der Macht mit ihr zusammen möglich ist.

Den Grünen und Alternativen kommt deshalb sicherlich in den nächsten Jahren große Bedeutung zu. Ihnen gilt im Rahmen des Schwerpunktes: Parteien und Parteiensystem in den 80er Jahren unsere besondere Aufmerksamkeit: nicht, um die seit ihrem Einzug in den Bundestag oft illusionären Erwartungshaltungen noch zu nähren oder neue hinzuzufügen, sondern im Gegenteil, um durch eine skeptisch-nüchterne Analyse falschen Erwartungen zu widersprechen und um auch uns möglich scheinenden Fehlentwicklungen vorzubeugen. *Angelo Bolaffi und Otto Kallscheuer* haben die inzwischen vielfältigen Informationen über die Entwicklung der Grünen und Alternativen zusammengetragen und wa-

gen auch - was manchen vorschnell erscheinen mag - Hypothesen über mögliche Entwicklungstendenzen. Daß die Grünen keine parlamentarische Eintagsfliege mehr sind, ist durch das Bundestagswahlresultat von 5,6% der Zweitstimmen bestätigt worden: Die grün/alternative soziale Bewegung hat eine feste Wählerbasis von rund 4-5%, insofern ist das Ergebnis auch wider Erwarten gut ausgefallen. Es war keinesfalls sicher - lediglich die Befürchtungen der einen hatten die Hoffnungen der anderen über Gebühr anwachsen lassen, daß die Grünen im Bundesdurchschnitt - vor allem in den Flächenstaaten - die 5%-Hürde überspringen werden: Der Durchbruch gelang vor allem in Nordrhein-Westfalen, wo die 580.000 Zweitstimmen (= 5,2% oder rund ein Viertel aller im Bundesgebiet für die Grünen abgegebenen Stimmen) für viele überraschend waren. Das Überschreiten der 5%-Grenze in Nordrhein-Westfalen signalisiert zugleich die Ergebnisse in einigen Industriestädten ohne Universitätsbonus belegen das: Leverkusen Rhein. Bergischer Kreis: 5,4%, Wuppertal I: 6,6%, Wuppertal II: 5,7%, Hagen 5,3%, Ennepe-Ruhr-Kreis I: 5,3%, Unna: 5,0%), daß die Grünen über ihre »Stammwähler« hinaus auch Protestwähler (teilweise arbeitslose Lehrlinge und Jungarbeiter/innen) gewinnen konnten, die 1980 (Grüne: 1,2%) noch gar nicht daran dachten, grün zu wählen. Diese Tatsache sollten die Grünen für ihre zukünftige Politik sorgsam beachten: Es kann für die grünalternative Bewegung nicht darum gehen, mit CDU/CSU und mit der SPD einen »Wettkampf um die Mitte« zu bestreiten, den sie eh verlören. Es mag sinnvoll sein, im Bundestag in der Mitte zu sitzen und damit zu symbolisieren, daß Grüne keine Gruppe am Rande sind und sich auch nicht dahin verdrängen lassen werden. Doch eine symbolische Handlung ersetzt nicht die Entwicklung eines eigenständigen Projekts. Die eigene gewollte radikale gesellschaftspolitische Alternative wird erst noch artikuliert werden müssen. Die Schwierigkeiten der grünen Bundestagsfraktion, sich als handelndes Gremium zu konstituieren, über die Farce des in Permanenz tagenden »Vereinigungsparteitages« (Joschka Fischer) hinauszuwachsen, reflektieren schließlich nur die Heterogenität der »Basis«. Meist wird dies in einem Zusammenhang mit deren so verschiedenen Sozialisationsmustern bei der Politisierung gebracht: Ex-MLer, grüne Freaks, rot-schwarze Spontis, Feministinnen, friedensbewegte Chaoten usw. Doch ist die Heterogenität der Basis, die nun »basisdemokratisch« auf der höchsten Plattform der Politik das Wolkenkuckucksheim kontrollieren will, nur der Ausdruck der Heterogenität einer Bewegung, die sich aus vielen, höchst verschiedenen politischen Subjekten zusammensetzt. Nicht mehr die Lohnarbeiter als doch *eine* Klassen im Singular - wenn auch die die Klassen bildenden Subjekte niemals so einheitlich waren, wie es die Emphase des Klassenbegriffs nahelegt - erscheinen als das historische Subjekt der menschlichen Emanzipation, sondern die »neuen sozialen Bewegungen« im Plural, die auch in den fortgeschrittensten theoretischen Artikulationsversuchen immer noch nur als Aggregat vieler gesellschaftlicher Segmente - Protestbewegungen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, sogenannte Minderheiten, Kollektive alternativen Arbeitens, Wohnens und Lernens, Ökologiebewegung, die alte »undogmatische« linke Friedensbewegung, Linksgewerkschaftler, militante Gruppen und last not least die Frauenbewegung - zusammenaddiert werden können (vgl. Michael Vester in der FR, 5.4.83). Ein grünes Projekt wäre von vornherein gescheitert, würde es vor allem als Suche nach dem gemeinsamen kleinsten Nenner verstanden, weil dies doch nur die fantasielose Kompromißbildung nach den Regeln des *do ut des*, des Abwägens von Opfer und Gegenleistung, wie in den traditionellen Parteien wiederholen und damit über kurz oder lang auf die Gleise der scheinobjektiv vorgegebenen kapitalistischen Entwicklung einschwenken würde. Das »grüne Potential« mit seinen amorphen Eigenschaften

kann sich nur entfalten, wenn sowohl die Form von Politik als auch die programmatischen Inhalte nicht einfach das Aggregat der Ungleichzeitigkeiten und Verschiedenheiten der vielen Subjekte abbilden, sondern ihnen perspektivisch vorgreifen.

Das ist kein Plädoyer für eine folgenlose Fundamentalopposition, deren Vorzug nur das reine Gewissen und ein sanftes Ruhekitzel ist, sondern ein Appell, mit dem Pfund, das jugendliche Arbeitslose und aktive Mitglieder von Bürgerinitiativen, Friedensfreunde und linke Gewerkschafter in den Grünen eine Alternative sehen, auch zu wuchern. Das muß sich zunächst auf die von der grünalternativen Bewegung erprobten neuen Politikformen beziehen: Nachdem die Organisationsfeindlichkeit bei einigen grünalternativen Gruppen, die Abneigung, sich überhaupt auf das parlamentarische Spiel einzulassen, weitgehend überwunden wurde, droht jetzt bei einigen Gruppen das andere Extrem. So werden z.B. rätedemokratische Konzepte, die Inhalt und Form einer grünalternativen Bewegung - sicher unvollkommen genug - wegen angeblicher Mängel oder wegen ihrer Inpraktikabilität in der »großen Politik« als überflüssig angesehen. *Bodo Zeuner* macht dazu in diesem Heft »Aktuelle Anmerkungen zum Postulat der 'Basisdemokratie' bei den Grünen/Alternativen«. Die Inhalte grüner Politik sind nach zum Teil heftigen Auseinandersetzungen im Programm perspektivisch festgehalten worden. Es ist nicht überraschend, daß der wirtschaftspolitische Teil am meisten Schwierigkeiten in den Programmdiskussionen bereite; denn es ist tatsächlich die kapitalistisch-industrielle Ökonomie, die der Realisierung von ökologischen, sozialen und basisdemokratischen Zielsetzungen (so die Trinitas Wirtschaftsprogramm, das die Grünen im Januar 1983 in Sindelfingen verabschiedet haben; daraus zitieren wird im folgenden) einen schier unüberwindlich scheinenden normativen Zwang von »objektiven« ökonomischen Gesetzmäßigkeiten wie eine Mauer entgegenstellt, an der alle die freundlichen Alternativen einer »neuen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsweise..., die ihrer Verantwortung gegenüber den Lebensbedürfnissen der Menschen hier und in der 3. Welt, sowohl der jetzt lebenden als auch der zukünftigen Generationen gerecht wird« (Wirtschaftsprogramm, S. 6), zerbrechen können. Der scheinbar radikalste Vorschlag, »aus dem Industriesystem auszuziehen«, von grünen »Fundamentalisten« wie Rudolf Bahro eingebracht, negiert die Schwierigkeiten der Durchsetzung ökologischer Ziele, kümmert sich nicht um die simple Tatsache, daß jemandem, der Not leidet, ein dreckiger Arbeitsplatz in der Chemieindustrie wichtiger ist als der durch sauren Regen zerstörte deutsche Wald. Letztlich ist diese Position nichts anderes als ein ökologischer Leninismus: einmal gewonnene Einsichten müssen schon irgendwie in die Massen von außen hineingetragen werden, Lernprozesse können angesichts der drohenden Katastrophe nicht abgewartet werden.

Das grüne Wirtschaftsprogramm unterscheidet sich von den bislang entwickelten Vorstellungen einer alternativen Wirtschaftspolitik weniger bei den vorgeschlagenen »Sofortmaßnahmen« (Arbeitszeitverkürzung, ökologische und soziale Investitionen, betriebliche Produktionsumstellungen, alternative Projekte und Selbstorganisation der Arbeitslosen, Sicherstellung der Sozialeinkommen, Jugendarbeitslosigkeit und Bildung, Überlegungen zur Finanzierung) als in den in der »Präambel« formulierten allgemeinen Zielvorstellungen einer ökologischen, sozialen und basisdemokratischen Wirtschaft. Den »etablierten Parteien«, den Unternehmerverbänden, »aber auch der Gewerkschaftsführung« (S. 5) werden »die Hoffnung auf den nächsten Wachstumsschub« und »damit Illusionen« attestiert, sowie eine »Orientierung am Staat und an nur quantitativen Größen« vorgeworfen. »Nicht die betroffenen Menschen werden gesehen, sondern Geldgrößen stehen im Vordergrund.« (S. 5) Der grüne dritte Weg, der Untauglichkeit der »kapitalistischen als auch (der) soge-

nannten real-sozialistischen Gesellschaftssysteme« (S.6), also den »Varianten einer entfremdeten Fabrik- und Bürogesellschaft« ausweichend, leitet über

- zu einer ökologischen Wirtschaftsweise mit freier Zeit, einem von Rücksicht auf Umwelt und Gesundheit, von Ehrfurcht vor dem Leben von Pflanzen und Tieren« geprägten »Lebensstil«,
- zu einer »sozialen Wirtschaft, die die Wiederaneignung der Arbeit, Selbstverwaltung, den Ausbau von Selbsthilfemöglichkeiten vorsieht,
- zu einer basisdemokratischen Wirtschaft ohne Machtausübung von Menschen über Menschen, zur Entflechtung von großen Konzernen in überschaubare und kontrollierbare Bereiche.

Es geht um eine strukturelle Veränderung der Ökonomie, um deren Krise überwinden zu können. Tatsächlich enthält das grüne Wirtschaftsprogramm einen wesentlichen, neuen Aspekt, der über bisherige Alternativen der Wirtschaftspolitik auch hinausweist. Der »ökonomische Apparat« ist bisher regelmäßig als gegeben akzeptiert worden, und die Alternativen, auch die radikalsten, beschränkten sich auf Vorschläge zur Veränderung der Entscheidungsstrukturen durch Vergesellschaftungs- und Kontrollmaßnahmen bei Investitionen, Preisen usw. und sehen dann eine veränderte, z.B. ökologisch definierte Zielrichtung des ökonomischen Apparats vor. Im grünen Projekt hingegen ist eine Neu-Zusammensetzung des ökonomischen Apparats, zwischen formellem und informellem Sektor, zwischen Arbeit und arbeitsfreier Zeit, zwischen Produktion und Konsumtion vorgesehen. Johannes Berger verwendet für diese strukturelle Änderung in der Gestaltung ökonomischer Praxen den Begriff der »Rekombination informeller und formeller Aktivitäten der Ökonomie, die die Optionen von jedermann und jeder Frau auf beide Tätigkeitsbereiche steigert« und durch die »die bestehende Abschottung zwischen formellem und informellem Sektor, zwischen den in den Wirtschaftskreislauf Eingeschlossenen und den Ausgeschlossenen, eingerissen werden (kann)« (Johannes Berger, Wirtschaftspolitische Voraussetzungen ökologischen Bauens und Wohnens, in arch +, Heft 67, März 1983, S.26). Und seine Zusammenfassung der grünen Alternative in der Wirtschaftspolitik lautet: »a) Arbeitszeitverkürzung ist das reformpolitische Kernstück für den Einstieg in eine neue Entwicklungslogik der Gesellschaft; b) bei reduzierter Arbeitszeit vermischen sich in der neuen Ökonomie informelle und formelle Aktivitäten zu einem neuen Gleichgewicht; c) die Egalisierung des Zutritts zu verschiedenen Sphären wirtschaftlicher Tätigkeiten impliziert geänderte Konsumstrukturen und darin eingeschlossen eine neue aktive Konsumentenrolle, z.B. in den Bereichen sozialer Sicherheit, Verkehr und Wohnen; d) die Eingrenzung der formellen Arbeitszeit pro Individuum durch Arbeitszeitverkürzung wird ergänzt durch eine Änderung der Arbeitsorganisation, der Arbeitsprodukte und der Arbeitstechnik« (ebenda).

Nun ist man sich auch bei den Grünen mit Ausnahme möglicherweise der Fundamentalisten darüber im Klaren, daß diese alternative Rekombination ökonomischer Praxis angesichts der politischen Machtverhältnisse und den in den ökonomischen Verhältnissen verborgenen hegemonialen Zwängen eine Utopie ist, aber immerhin eine konkrete Utopie, die an erfahrbaren, denkbaren Potenzen von Technik und Ökonomie in dieser Gesellschaft anknüpft und daher mehr als gerechtfertigt ist. Der schwache Punkt des Programms der Grünen liegt dort, wo auch in den meisten anderen Alternativentwürfen (z.B. im Memorandum) die programmatische Hilflosigkeit durch Vermeidung von konkreten Aussagen kaschiert wird: im Bereich internationaler Wirtschaftspolitik. Durch Abkehr von der

Fixierung auf den Weltmarkt soll in der BRD die grüne Alternative realisiert werden. Gleichzeitig heißt Verminderung der Abhängigkeit vom Weltmarkt oder gar Abkoppelung davon eine solidarische Weltwirtschafts- und Weltwährungsordnung. Gute Wünsche reichen dazu allerdings nicht aus. Denn in der Alternative für die »dritte Welt« paßt rein gar nichts zusammen. Einerseits werden die immensen Auslandsschulden vieler Drittweltländer erwähnt, andererseits wird die Abkoppelung vom Weltmarkt vorgeschlagen. Wie sollen die Schulden aber bezahlt werden bei einer Desintegration der Weltwarenmärkte ohne gleichzeitige Abkoppelung auf den Weltfinanzmärkten? Oder sollen die Schulden gestrichen werden? Dann aber wäre zumindest anzudeuten, wer dafür zu zahlen hat. Oder es wird auf »Erhöhung des Selbstversorgungsgrades« hingewiesen im Zusammenhang einer Strategie, deren Namen von Weltbankexperten und nicht von den Grünen erfunden worden ist: »Strategie der Grundbedürfnisse«. Gleichzeitig soll der Schwerpunkt nicht auf »Grundbedürfnisse« schlechthin, sondern auf »angepaßte Industrieentwicklung« gelegt werden. Was das ist, wird nur in blassen Formulierungen angedeutet: möglichst arbeitsintensiv und für begrenzte Binnenmärkte produzierend. Ob es allerdings eine besonders solidarische Welt ist, in der angepaßte Technologie und Industrieentwicklung zur Zementierung eines bestehenden Niveauunterschieds beitragen, bleibt dahingestellt. Das Modell der binnenwirtschaftlichen Orientierung in Ländern der 3. Welt kann sich sehr wohl in eine Variante des PolPotismus verkehren, die weder basisdemokratisch noch sozial oder ökologisch und nur autoritär, armselig, terroristisch wäre.

Warum eigentlich werden in den weltwirtschaftlichen Alternativen die *nationalen* Grenzen implizit als gegeben akzeptiert, in deren Areal dann jeweils die Alternative zu realisieren wäre? Warum ist gerade weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, die tatsächlich Abhängigkeiten enthält, durch nationalstaatliche Abkoppelung, bis hin zur Autarkie aufzulösen und nicht durch eine neue Form von internationaler Kontrolle der Weltwarenmärkte, der internationalen Kreditbeziehungen und der transnationalen Konzerne? Weil eine internationale Kontrolle des Weltmarkts wohl kaum basisdemokratisch durchzusetzen wäre? Vielleicht muß dann aber das Konzept von Basisdemokratie durchdacht und nicht eine Struktur internationaler Arbeitsteilung zerbrochen werden. Not und Elend in der dritten Welt können jedenfalls auf diesem Wege nicht gelindert werden. Fragen sind immer der Mühe wert, Antworten nicht immer, zumal gegenwärtig kaum jemand ernsthaft und selbstbewußt von sich behaupten kann, er könne den Königsweg der internationalen Absicherung und Ausweitung alternativer Wirtschaftspolitik auf nationalstaatlicher Ebene angeben (vgl. beispielsweise die letztendlich doch unbefriedigenden Beiträge dazu im Argument-Sonderband 89, der den Problemen des nationalstaatlichen Handelns in der alternativen Wirtschaftspolitik gewidmet ist). Die Parteien des »Blocks an der Macht«, stellen sie nun die Regierung oder bilden sie die Opposition, formulieren noch nicht einmal Fragen, sondern nichts als Anpassungsstrategien an die Gegebenheiten der Krise: neoliberale Hoffnungen in die durch den Marktmechanismus ausgewirkten »Selbstheilungskräfte« oder der Traum einer trilateralen festen Hand unter US-amerikanischer Führung in der Weltwirtschaft (wie von Helmut Schmidt in der »Zeit« vom 25.2.83 ausgebreitet). Diesen Politikkonzepten gegenüber ist die grüne Alternative auch dann noch unterlegen, wenn sie in sich ausgereifter und ohne immanente Widersprüche wäre. Denn eines darf auf gar keinen Fall überschätzt werden: Trotz der Erfolge der Grünen vermitteln ihre Programmaussage und die praktizierte oder projektierte Form von Politik heute auf der Ebene der Wählerschaft nur einer Minderheit politische Identität, nicht mehr.



Der »Konsens der Demokraten«, der die Basis für die Stabilität des Parteiensystems seit Beginn der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik gewesen war, bröckelt leicht am Rande, aber ist nie in Gefahr gewesen, aufgekündigt zu werden. Der sichere Wahlsieg der CDU/CSU, die Behauptung von Helmut Kohl als konservative und dennoch - oder gerade deswegen - Hoffnung weckende Landesvaterfigur bei den Wählern und als Integrator von widerstrebbenden Interessen in der CDU/CSU bei den Parteimitgliedern signalisiert eine möglicherweise lang anhaltende konservativ-reaktionäre Politik in der Bundesrepublik, die auch durch die Krisenfolge einer Dauerarbeitslosigkeit nicht in Frage gestellt wird. Die Bereitschaft von Stammwählern der SPD, auf die CDU/CSU und ihre demagogischen Konzepte zu setzen (Ausländer raus), wird in den kommenden Jahren eher größer als kleiner werden. Von der Linken wurde oft übersehen, daß eine konservativ-reaktionäre Politik von CDU/CSU von zwei modern-durchorganisierten Mitgliederparteien betrieben wird: Die Honoratioren-Parteien CDU und CSU gehören längst der Vergangenheit an. Übersehen wurde diese Entwicklung, weil die Politik der CDU/CSU, noch viel mehr aber der konservativ-reaktionäre Machtblock selbst, in den siebziger Jahren nur selten ins Blickfeld der Linken geraten war. *Michael Th. Greven* plädiert deshalb angesichts der sicher im Sattel sitzenden CSU/CDU, sich »mit den Konservativen zu beschäftigen«. Sicher gibt es bereits einige Versuche, etwa am Beispiel des Thatcherismus und des von Reagan repräsentierten Projekts konservativ-neoliberale Politikkonzepte zu analysieren, die Bedeutung einer solchen Politik für die Bundesrepublik aber - darauf weist Greven hin -, wurde bislang, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum untersucht. Greven kann angesichts dieses Befundes zunächst nur Hinweise geben, in welche Richtung gefragt werden muß, um nach zwölf Jahren sozialliberaler Koalition nicht wie gelähmt auf den monolithisch scheinenden konservativ-reaktionären Machtblock zu starren. Politik gegen diesen Machtblock muß sich der verschiedenen, auch widersprüchlichen Interessen innerhalb dieses Machtblock vergewissern, die in einer Regierungskoalition auch zu Kontroversen und Konflikten führen werden. Um sie zu nutzen, müssen wir sie erst einmal in ihrer Entwicklungstendenz kennen. Greven formuliert deshalb mit seinem Plädoyer ein ganzes Forschungsprogramm, das einzulösen - so ist zu fürchten - wir allerdings auch die Zeit haben werden.

Ursprünglich sollte in diesem Heft auch eine Analyse der Bundestagswahl vom 6. März und der langfristigen Tendenzen des bundesrepublikanischen Parteiensystems in den siebziger Jahren (ähnlich wie in PROKLA 25 und 26) enthalten sein. Sie wird - hoffentlich - in einem der nächsten Hefte nachgeholt werden.

Der bereits in Heft 50 kurz charakterisierte Beitrag von *E. Seifert* zur »Ökonomie der Zeit« erscheint in diesem Heft außerhalb des Schwerpunktes in Fortsetzung der Diskussion im Heft 50 über Marx und Marxismus; der zugleich angekündigte Beitrag von *H. Gansmann* wird leider - und die Redaktion bedauert es - nicht in der Prokla sondern im »Leviathan«, 3/83, erscheinen.

Die Redaktion dankt den Herausgebern des im September 1983 im Westdeutschen Verlag erscheinenden Bandes »Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?«, *Rolf Ebbighausen* und *Friedrich Tiemann*, für die Zustimmung zum Vorabdruck des Beitrages von *Hella Kastendiek*.

Die Redaktion